



LANDESVORSTAND

Getrickst, getäuscht, im Stich gelassen

Der Koalitionsvertrag von SPD und Bündnis90/Die Grünen

Der Wahlausgang zur Bremischen Bürgerschaft im Mai 2011 verhieß für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und damit auch für die Polizei und das Stadtamt nichts Gutes. Die Mehrheitsverhältnisse der vergangenen Legislaturperiode noch verstärkt bis zur Zweidrittelmehrheit im Parlament, die bestehenden Strukturen bestätigt und gefestigt, die Scham, abgegebene Wahlversprechen zu halten, gänzlich durch das eindeutige Wahlergebnis abhandengekommen. Letzteres zeigt sich deutlich im Koalitionsvertrag zwischen SPD und Bündnis90/Die Grünen.

Getrickst:

Als der GdP am 17. Juni 2011 der Vertragsentwurf des Koalitionsvertrags vorlag, wurde uns schnell klar, wie weit sich insbesondere die SPD von ihrem ursprünglichen „Regierungsprogramm“ entfernt hatte. Denn wie hieß es dort noch vor der Wahl:

Innere Sicherheit ist ein hohes Gut. Die Voraussetzung für einen bestmöglichen Schutz der Bevölkerung ist eine adäquate Personalausstattung der Polizei. Aufgabenzuwachs verträgt sich nicht mit Personalabbau. Darum werden wir bei der Polizei trotz der schwierigen Haushaltslage keine Personaleinsparungen vornehmen und den Personalbestand auf dem jetzigen Niveau halten. Dafür werden wir in der nächsten Legislaturperiode mindestens 440 neue Polizistinnen und Polizisten für die Polizei Bremen und 100 für die Ortspolizeibehörde Bremerhaven einstellen.

Die einzige bittere Pille im Regierungsprogramm der SPD war die Aussage, dass der Personalbestand auf dem jetzigen Niveau gehalten werden sollte.

Und nur das ist von der Absichtserklärung der SPD übriggeblieben. Denn hier beginnt die Trickserei. Kernaussage des Koalitionspapiers ist, den Personalbestand auf dem jetzigen Niveau zu halten aber gleichzeitig 1,2% im Ressort einzusparen. Einen großen Teil davon sollen die jungen Kolleginnen und Kollegen mit einem Teil ihres Gehaltes erbringen, indem sie während ihrer Probezeit nicht nach A 9 bezahlt werden. Darüber hinaus besteht die Absicht, die Lebensarbeitszeit zeitnah zu verlängern. Wenn also die besondere Lebensarbeitszeit verlängert und gleichzeitig die derzeitige Stellenzahl festgeschrieben wird, wirkt sich das selbstverständlich auf die Einstellungszahlen aus. In einem ersten Informationsgespräch des Innensenators mit den Personalräten bestätigte dieser, dass damit die Einstellungszahlen halbiert werden.

Doch man setzte noch eins drauf. Die Koalitionäre legten sich in ihrem Papier fest, bis zu 30 Tarifbeschäftigte für sogenannte einfache polizeiliche Aufgaben einzustellen. Da man sich ja auf den derzeitigen Personalbestand festlegte, werden sie nicht zusätzlich eingestellt.

Das bedeutet einen Abbau von Vollzugsstellen in der Größenordnung eines Einsatzzuges, eines Polizeireviers oder eines Kriminalkommissariats.

Was also nach außen hin als ein großer Erfolg zum Erhalt des Personalbestands der Polizei gefeiert wurde, ist in Wirklichkeit ein Personalabbau auf kaltem Wege und eine weitere Erhöhung des Durchschnittsalters bei der Polizei mit all seinen negativen Begleiterscheinungen. Damit verkommt die oben genannte Absichtserklärung aus dem Regierungsprogramm der SPD zur hohlen Phrase.

Getäuscht:

Kommen wir noch einmal auf unsere jungen Kolleginnen und Kollegen zurück. Bislang müssen wir davon ausgehen, dass die Herabstufung ihrer Besoldung alle in Ausbildung befindlichen Kolleginnen und Kollegen betreffen wird. Denn wie heißt es im Koalitionsvertrag:

Die durchschnittlichen Personalkosten für Ausbildung, Vergütung und Versorgung werden reduziert. Hierzu ist die (...) Besoldung der zu übernehmenden Polizeikommissarinnen und Polizeikommissare für die Dauer der Probezeit abzusenken.

Das Haus Senator für Inneres erklärte dazu, dass man von einem Zeitraum für die Dauer von 30 Monaten ausginge. Diese Aussage ist falsch. Denn nach dem Bremischen Beamtengesetz währt die Probezeit drei Jahre. Geht man davon aus, dass der Wechsel von einer Beförderungsstufe unterhalb A 9 auf A 9 eine Beförderung darstellt, wird die Absenkung der Besoldung insgesamt vier Jahre dauern.

Unsere Auszubildenden sind unter anderen Rahmenbedingungen eingestellt worden. Jetzt ändert die Politik die Ge-

22. Mai 2011: Wählen gehen!

„ Unter guter Arbeit verstehen wir: Sichere **Arbeitsplätze**, faire **Bezahlung**, **gleicher Lohn** für **gleiche Arbeit**.

Echt Bremen. SPD

www.spd-land-bremen.de

... **ausgenommen der öffentliche Dienst!**

Fortsetzung auf Seite 2



LANDESVORSTAND

Fortsetzung von Seite 1

schaftsgrundlagen. Nicht nur, dass sie sich damit als unzuverlässiger Arbeitgeber erweist, die jungen Kolleginnen und Kollegen fühlen sich zu recht getäuscht. Und das schon zu Beginn ihres Arbeitslebens. Ein Fingerzeig auf das, wie ihr Arbeitgeber mit ihnen umzugehen gedenkt.

Im Stich gelassen:

Die hier genannten Beispiele sind nur ein Ausschnitt der Vorhaben, die der Koalitionsvertrag umfasst. Als GdP haben wir im Vorfeld der Bürgerschaftswahlen immer wieder auf die hohe Belastung der Polizeibeschäftigten und die des Stadtamtes hingewiesen. Auf die Arbeitsverdichtung, die zu geringen Personalzahlen und die gesundheitlichen Gefahren. Wir sind sicher, dass ohne diese Arbeit der Polizeibereich ungleich höhere Sparbeiträge hätte leisten müssen. Das wurde uns auch von Insidern bestätigt. Dennoch

fühlen sich die Polizeibeschäftigten im Stich gelassen und nicht ernstgenommen mit ihren Sorgen und Nöten.

Im Stich gelassen fühlen sich auch die Beschäftigten des Stadtamtes. Sie sollen eine Sparquote von 1,6% erbringen. Trotz hoher Krankenquote, Überlastungsanzeigen und einem stetigen Anwachsen von Aufgaben. Wie steht es im Koalitionsvertrag:

Das Stadtamt ist die Visitenkarte der Öffentlichen Verwaltung. Nur ein reibungsloser Bürgerservice ohne längere Wartezeiten trägt diesem Ziel Rechnung. Voraussetzung dafür ist eine angemessene und dauerhaft gesicherte Personalausstattung.

Dazu die Gewerkschaft der Polizei in ihrem Positionspapier:

Die GdP unterstreicht, dass sie die Feststellungen der Vertragspartner in diesem Absatz des Koalitionsvertrages vollinhaltlich unterstützt. Doch diese Feststellungen mit den dann folgenden Zielen tragen in keinsten Weise den jahrelangen Belastungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Stadtamt Rechnung. Die Einführung neuer gesetzlicher Aufgaben bei gleichzeitiger Reduzierung des Personals um 1,6% wird vermehrt zu langen Wartezeiten, Überlastungsanzeigen der Beschäftigten und hohen Krankenständen führen. Schon jetzt ist absehbar, dass es bei der Einführung des elektronischen Aufenthaltstitels im Bereich des Ausländeramtes zu rund 25 000 Be-

sucherkontakten zusätzlich pro Jahr kommen wird.

Gleichzeitig führt ein noch geringerer Personalstand zu einer weiteren Einschränkung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung durch mangelnde Überwachungstätigkeit, wie zum Beispiel im Bereich des Waffenrechts, der Führerscheinstelle oder bei der Überprüfung von Kampfhunden.

Darüber hinaus führt er auch zu Einnahmeverlusten, da Anzeigen wegen Personalmangels nicht weiter verfolgt werden können und ein finanzieller Ausgleich in Richtung Polizeibehörde dennoch stattfindet.

Die GdP hat keine Einwände gegen einen sogenannten „mobilen Bürgerservice“. Nur sollte er verlässlich mit einem festen Mitarbeiterstamm versehen sein, sodass er die vom Bürger zu Recht erwartete Qualität auch erfüllen kann.

Position der GdP:

Das Stadtamt benötigt dringend eine unter Beteiligung der Mitarbeiter durchgeführte Aufgabenkritik, die in eine feste Stellenzielzahl mündet. Nur so lässt sich feststellen, welche Aufgaben vom Stadtamt noch erfüllt werden können und welche nicht. Eine Aufgabensteigerung verbietet sich vor diesem Hintergrund. Somit lehnen wir eine Kürzung des Personals im Bereich des Stadtamtes ab.

Dem ist an dieser Stelle nichts hinzuzufügen.

Horst Göbel, Landesvorsitzender

TERMIN

Redaktionsschluss für die September-Ausgabe 2011, Landesjournal Bremen, ist der 8. August 2011.

Artikel bitte mailen an:
Ahlersbande@t-online.de



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Bremen**

Geschäftsstelle:
Bgm.-Smidt-Straße 78
28195 Bremen
Telefon (04 21) 9 49 58 50
Telefax (04 21) 9 49 58 59
Behörde: 1 09 48
Internet: www.gdp-bremen.de
E-Mail: info@gdp-hb.de

Redaktion:
Wolfgang Ahlers (V.i.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Bgm.-Smidt-Straße 78, 28195 Bremen
Telefon dienstlich (04 21) 3 62-1 90 56

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 33 vom 1. Januar 2011

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-642X

Kennzeichnungspflicht überflüssig wie ein Kropf

Die von den Verhandlungsführern der rot-grünen Koalition ins Spiel gebrachte Einführung der Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte ist überflüssig wie ein Kropf und ideologisch motiviert.

Selbst Amnesty International musste zugeben, dass es in Bremen keine nicht aufgeklärten Übergriffe durch Polizeibeamte gegeben habe. Jeder geschlossene Einsatz wird durch Polizeikräfte videografiert. Bis hin zum Gruppenführer sind die Einsatzkräfte individuell gekennzeichnet. So kann und konnte im Falle einer Anzeige jeder betroffene Polizeibeamte

identifiziert werden. Daher besteht nach unserer Auffassung kein dringender Handlungsbedarf.

Es ist heute schon so, dass einzelne Polizeibeamte ausgeforscht und mit Namen und Anschrift ins Internet gestellt werden. Wir erwarten, dass verantwortliche Politiker das Ausforschen von Polizeibeamten durch die extreme Szene verhindern und nicht das Signal aussenden, Polizistinnen und Polizisten zu misstrauen.





Verwendungszulage

Informationen der GdP

Bremen, 15.07.2011

-Urteil des Bundesverwaltungsgerichts-

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Klärung der Voraussetzungen für die Gewährung einer Verwendungszulage gem. § 46 Abs. 1 BBesG war Gegenstand von drei Klagen die beim Bundesverwaltungsgericht eingereicht worden waren.

Bereits am 28.4.2011 hat das Bundesverwaltungsgericht den Tenor seines Urteils in einer Presseerklärung verbreitet, der allerdings noch keinerlei Rückschlüsse darauf zuließ, inwieweit dieses Urteil auch für uns von Relevanz sein könnte.

Das Urteil BVerwG 2 C 30.09, verkündet am 28. April 2011, nebst Begründung liegt nun vor.

Besagte o. g. drei Entscheidungen betreffen den „Ausgleich für Aufgabenwahrnehmung auf höherwertigem Dienstposten“ im Sinne von § 46 BBesG. Aus unserer Sicht bedarf aber die Entscheidung zunächst einer sorgfältigen fachjuristischen Prüfung hinsichtlich der Anwendbarkeit auf den Polizeibereich in Bund und Ländern je nach tatsächlicher und rechtlicher Situation (Dienstpostenbewertung, Ernennungsmodalitäten, Rechtsvorschriften...). Diese Prüfung findet im Laufe der nächsten Woche auf Bundes- und parallel dazu auf Landesebene statt.

„Gründlichkeit geht vor Schnelligkeit“

Wir halten euch auf dem Laufenden.

Der Landesvorstand

**Gewerkschaft
der Polizei**

Landesbezirk Bremen
Bgm.-Smidt-Straße 78
28195 Bremen

Tel.: [0421] 94 95 85 0
Fax: [0421] 94 95 85 9

E-Mail: info@gdp-hb.de

Bremen: Service durch Sparen?

Beispiel Ausländerbehörde Bremen

Senator Mäurer erklärte den Mitarbeitern des Stadtamtes in einem Brief vom 17. 6. 2011, was Bremen die Wahl gebracht hat: „Das Personalkostenvolumen der Bremer Verwaltung ist im Umfang von ca. 200 Vollzeitkräften pro Jahr zu verringern; in den nächsten vier Jahren sind es fast 800 Stellen“. Umgesetzt werden soll dieses Sparziel in der Ausländerbehörde so: „Die Arbeit der Ausländerbehörde soll sich vor allem am Ziel der Integration orientieren. Sie soll deshalb über ihre hoheitlichen Aufgaben hinaus zu einer Servicestelle für Aufenthaltserteilung und Einbürgerung weiterentwickelt werden.“

Es soll also mit weniger Personal mehr Service geboten werden. In den weiteren Ausführungen des Senators erklärt er dies: „Integration braucht ein gesichertes Aufenthaltsrecht für die Betroffenen. Deswegen soll die Zahl der Menschen, die unter dem Aufenthaltsstatus der Duldung leiden, weiter reduziert werden.“

Vor diesem Hintergrund erklärt sich auch die „in den Medien“ bereits vollzogene Auflösung des legendären Teams 5 der Ausländerbehörde durch die – bislang noch kommissarische – Amtsleiterin des Stadtamtes. Nur am Rande: Team 5 arbeitet „aufgelöst“ immer noch – jetzt mit weniger Mitarbeitern; getreu der gegenüber den Mitarbeitern des Stadtamtes am 25. 3. 2011 verlautbarten Maxime des Senators: „Abschiebungen sind perspektivlos“. Nachvollziehen kann das in der Ausländerbehörde niemand so recht, vor allem nicht in Fällen verurteilter Straftäter. Nebenbei – in Bremen wirklich nur nebenbei – sollte man bemerken, dass das Gesetz kein Wahlrecht für oder gegen Abschiebungen vorsieht.

Problem ist aber, dass weniger Mitarbeiter nicht zu weniger Duldungsinhabern führen. Leider ist das Gegenteil der Fall: Weniger Mitarbeiter bedeuten weniger Zeit für Prüfung von Einzelfällen und damit mehr Duldungen, also mehr Kettenduldungen.

und der kommissarischen Amtsleiterin im Stadtamt im Rahmen verpflichtender dienstlicher Vereinbarungen ihre Beteiligung an der beschlossenen Zukunftskonzeption ein. Dies soll wohl nun nach mehr als drei Monaten des Wartens auch geschehen. Die Stadtamtsmitarbeiter er-



klären deutlich, dass eine Umstrukturierung und damit auch die Auflösung bestehender Abschnitte/Teams/Abteilungen des Stadtamtes ohne zusätzliches Personal noch bestehende, funktionierende Strukturen zerstört und daher nicht nachvollziehbar ist.

bietet. Eigentlich ist es ja eine Milchmädchenrechnung, aber anscheinend muss man es doch noch mal sagen: Mit keiner noch so gearteten Umstrukturierung kann man Arbeit für zehn Mitarbeiter durch fünf Mitarbeiter erledigen lassen.

Noch spannender wird es sein, zu erfahren, wie der zusätzliche zweistellige Personalmehrbedarf (für ca. 25 000 mehr Vorsprachen pro Jahr) wegen des am 1. 9. 2011 bundesweit einzuführenden elektronischen Aufenthaltstitels durch dieselbe bahnbrechende Umstrukturierung auch noch gleich mitbewältigt werden wird. Denn: Ob das schon seit geraumer Zeit von der Ausländerbehörde eingeforderte zusätzliche Personal am 1. 9. vorhanden sein wird, ist derzeit völlig unklar. Klar ist aber, dass es nicht in der erforderlichen Anzahl vorhanden sein wird. Und das, obwohl durch die Führungsebene der Ausländerbehörde schon im Jahr 2010 entsprechende Fakten und Zahlen dem Senator vorgelegt wurden. Eine Vielzahl von anderen Ausländerbehörden im Bundesgebiet haben die Bremer Berechnungen bestätigt und bei eigenen Personalberechnungen sogar verwendet(!) und auch zusätzliches Personal erhalten. Nur scheint Bremens Innensenator anders zu rechnen, bremisch halt.

Die Einführung von elektronischen Neuerungen ist meist nicht unproblematisch, was auch das Beispiel der Neueinführung des elektronischen Personalausweises zeigt: Es wurde rechtzeitig Personal eingefordert, aktuell sind die Überlastungen jedoch offenkundig. Wartezeiten von mehreren Stunden. Bei Einführung im Winter war die Belastung erwartungsgemäß noch nicht so gravierend. Jedenfalls hat sich am Beispiel der Bürgerämter und Bürgerservicecenter in Bremen

Mit weniger mehr schaffen?

In der Innendeputation hatte der Senator sein Konzept für mehr Bürgerservice auch bereits vor der Wahl am 30. 3. 2011 vorgestellt. Um nicht wieder erst aus der Presse von „gelegten Eiern“ zu erfahren, forderten die Stadtamtsmitarbeiter am 25. 3. 2011 in einem gemeinsamen Termin mit dem Senator, der Staatsrätin

Personaleinstellungen in anderen Ländern auf Grundlage Bremer Berechnungen

Es dürfte spannend werden zu erfahren, welche tiefgreifende Umstrukturierung die Arbeit kompletter Teams (5 und 7) ohne mehr Personal erledigt und gleichzeitig noch Raum für mehr Service

TAUSCHGESUCH

PK'in aus Hessen, derzeit tätig in der III. BPA Mühlheim/Main, sucht baldmöglichst Tauschpartner/-in der Polizei Bremen.

Interessierte Kolleginnen und Kollegen erreichen mich per Mail unter chwolf86@AOL.



bewahrheitet, dass und wie dringend notwendig das damals geforderte Personal benötigt wird.

Neue Amtsleitung muss Mitarbeiter klonen können

Bringt die Neubesetzung der Amtsleiterstelle des Stadtamtes den großen Wurf, die zündende Idee, wie man aus fünf Mitarbeitern zehn machen kann, ohne fünf zusätzlich einzustellen? Das darf für die Ausländerbehörde wohl ganz stark bezweifelt werden, da hier aktuell nicht einmal die vorhandenen Stellen neu besetzt werden! Derzeit ist jedenfalls in der Ausländerbehörde in Bremen nicht die drängende Frage, wie mehr Service angeboten werden kann, sondern einzig und allein die Frage, wie überhaupt noch Service geboten werden kann. Die Mitarbeiter der Ausländerbehörde hatten und haben durch diverse Überlastanzeigen

schon frühzeitig und auch aktuell zu erkennen gegeben, dass der Wille zu ordnungsgemäßer Arbeit – also zu Service – vorhanden ist. Aktuell sehen die Mitarbeiter, die ja in der Materie zu Hause sind, ohne zusätzliches Personal aber keine Möglichkeit, den ohnehin noch stark optimierungsbedürftigen derzeitigen Status (Service wäre zuviel gesprochen) zu erhalten, geschweige denn zu verbessern.

Service durch Sparen? Wohl eher nicht!

Hierzu hat sich auch schon der Vorsitzende der GdP Bremen, Horst Göbel, geäußert:

Zitat

„Wir haben den Eindruck, dass die Koalitionspartner sich wie Autofahrer verhalten, die im dritten Gang 180 fahren und sich wundern, dass der Motor auseinanderfliegt!“

Dieses ist zu 100% auf das Stadtamt Bremen übertragbar! **Rainer Besser**

QUO VADIS???

Die Polizeireform liegt bereits Lichtjahre entfernt. Vage und mit Wehmut erinnern sich noch einige daran, dass damals von allen, auch von den politisch Verantwortlichen, eine Zielzahl von 2600 Beschäftigten festgeschrieben wurde.

Das Gedächtnis lässt ja bekanntlich mit dem Alter und in diesem Fall bedrohlich nach und so verwundert es nicht, dass jetzt Zielzahlen von 2485 Beschäftigten innerhalb der Behörde kursieren. Tendenz...?????

Da sich an der Situation aufgrund der prekären finanziellen Lage Bremens nichts verändern wird, bauen die Verantwortlichen auf den Teamspirit. Klar, wir werden auch das wuppen. Wir werden

Fortsetzung auf Seite 6

GdP-Tanzparty

am 05.11.11

Beginn 19:30 Uhr
Einlass 19:00 Uhr

im Bel Étage am Brill

mit der Liveband 7Green

Eine Veranstaltung der

Jetzt Karten bestellen

Nach dem großen Erfolg der GdP-Tanzparty 2010 im Weserhaus direkt an der Schlachte geht die mittlerweile traditionsreiche Veranstaltung in diesem Jahr in eine neue Runde!

Dieses Jahr feiern wir im modernen **Brill bel étage** (Eingang: Hutfilterstr. 24–26, 28195 Bremen)!

Mitten im Zentrum von Bremen mit einem grandiosen Panoramablick über den Brill bis hin zur Weser ist jeder herzlich eingeladen, mit Bürgern, Polizei und Ehrengästen einen unvergesslichen Abend zu erleben.

Selbstverständlich wird es auch wieder ein besonderes Büfett mit reichlicher Auswahl für jeden Geschmack geben!

Auf der großen Bühne präsentiert die achtköpfige **Live-Band Seven Green** eine erstklassige Auswahl geschmackvoller Songs der letzten dreißig Jahre. Ihre professionelle Performance wird den Gästen auf der Tanzfläche einheizen!

Seven Green bringt Lieder auf die Bühne, die auch in weiteren dreißig Jahren noch Hits sein werden. Sie sind eben keine klassische Top-40-Band, sondern eine Gruppe gestandener Musiker, die ihren Schwerpunkt auf Qualität setzen. Coldplay und U2, Pink und Amy Winehouse gehören daher genauso ins Programm wie Kool & the Gang, The Doobie Brothers und die Pointer Sisters.

Gutes Essen, Musik, Tanz und Überraschungen in einem besonderen Ambiente versprechen beste Unterhaltung!

Karten für die GdP-Tanzparty 2011 (25 € inkl. Büfett) können ab sofort über die GdP-Geschäftsstelle (Anne Bauer, Tel.: 04 21 / 9 49 58 54) reserviert werden.

Tim Gelineck
Geschäftsführer GdP Service GmbH



LANDESFRAUENGRUPPE

Fortsetzung von Seite 5

wieder klaglos unsere wenigen freien Wochenenden sausen lassen, wenn der Dienstherr ruft. Wir springen für erkrankte Kollegen und Kolleginnen ein, wir quälen uns nachts aus dem Bett, wenn Bremen uns braucht, wir ..., ja wir!

Bisher machen wir das auch noch sehr gerne, da Polizist oder Polizistin zu sein, nicht irgendein JOB ist, es ist für die meisten von uns der TRAUMBERUF!

Die Anforderungen steigen progressiv, ganz im Gegensatz zu den Gehaltserhöhungen. Diese entwickeln sich sehr dezent.

Das alles ist für uns hinnehmbar, wenn sich auch die Vorgesetzten Gedanken machen würden, wie mit dieser wertvollen RESSOURCE „BESCHÄFTI-

GUNGS-VOLUMEN“ umgegangen werden sollte.

Mir ist auch klar, dass die meisten Chefs und Chefinnen Führungskräfte par excellence sind. Aber Führungskräfte, die sich bei einer derart dünnen Personaldecke hinter dem Organisationsinteresse verstecken und Briefe an Langzeiterkrankte schreiben, die inhaltlich lediglich darauf ausgerichtet sind zu erfahren, wann mit einer Rückkehr des BV's zu rechnen ist, sind ein NO GO.

Doch wie „bekämpfen“ wir die „schwarzen Schafe“ unter uns? Ich hätte da viele Ideen, wie z. B. ein Gespräch mit diesem „Schäfchen“ nur im Beisein einer Vertrauensperson zu führen, einen unserer Präsidenten bzw. den Personalrat zu informieren etc. Eines weiß ich aber ganz genau, diesen Kolleginnen und Kollegen

muss verdeutlicht werden, dass sie für diese Funktionen ausgewählt wurden, weil ihnen außer ihrer fachlichen Kompetenz auch Empathie attestiert wurde.

Doch wie schaffen wir es, dass SIE sich mal wieder mit dem Teil des Beamtengesetzes, Rubrik Fürsorgepflicht, beschäftigen?

Ich habe da einen nicht wirklich ernst gemeinten Tipp. Vielleicht hilft ja bereits die Androhung einer Nachschulung in puncto „MitarbeiterInnenführung“, deren TeilnehmerInnen monatlich im Intranet veröffentlicht werden, etwas.

Eines weiß ich aber ganz genau, diese „Führungsspezies“ haben in einer modernen Polizei nichts verloren.

Siggi Holschen, Landesfrauengruppe

FACHGRUPPE SCHUTZPOLIZEI**Fachgruppentagung Schutzpolizei**

Fragebogenaktion begründet eine Fülle von Forderungen

14 Teilnehmer aus den Reihen der Schutzpolizei hatten sich vom 18. bis 20. 5. 2011 in Tossens eingefunden, um die aktuellen Themen fernab von den Dienststellen in aller Ruhe erörtern zu können. Einige von euch werden nun denken, dass so viele Missstände gar nicht in knapp drei Tagen behandelt werden können und zum anderen mit der Diskussion darüber sowieso nichts zu verändern ist.

Dieser Meinung sollte man sich aber nicht anschließen! Warum nicht, erklärt sich, wenn ich euch einiges von dem Ablauf der Tagung berichte.

Am Ankunftstag entstand gleich ein wenig Druck, weil der Leiter S, Herr PD Fasse, sich für den Nachmittag angesagt hatte. Bei der Masse an Themen musste ein Weg gefunden werden, hier kein Durcheinander entstehen zu lassen, sondern innerhalb einer erkennbaren Struktur zu diskutieren.

Unter der Überschrift und dem Leitbild „Wertschätzung“ sollte der Leiter S mit den Themen aus der Schutzpolizei, vorrangig aus dem ESD, konfrontiert

werden. Ein geradezu dringender Bedarf der Behandlung „Wertschätzung“ hatte sich wohl schon seit einigen Jahren stetig entwickelt. Diverse Veröffentlichungen aus der Kollegenschaft und die nicht nur intern beklagten Missstände sind euch allen nur zu gut bekannt.

Als dann nach der letzten Personalversammlung im Dezember 2010, bzw. nach der Veröffentlichung meiner Ausführungen in der Ausgabe Deutsche Polizei die Einladung zum Leiter S anstand und eine in der Vergangenheit noch nicht dagewesene Solidarität mit dem „Bedenkenträger“ durch die Unterschriftenaktion offenkundig wurde, musste das Thema Wertschätzung ja geradezu aufgegriffen werden.

Und sie war sofort eingefordert worden, z. B. mit der Übergabe der Unterschriftenaktion durch die stellvertr. Fachgruppenvorsitzende Kirsten Dambek an den Leiter S anlässlich meines Termins bei ihm. Erfreulicherweise hatte Herr PD Fasse darauf auch sofort reagiert. Nach meinem Termin bei ihm und dem sehr moderaten und konstruktiven Gesprächsverlauf hatte er zeitnah eine WEL/DGL-Zusammenkunft organisiert und es wurde erkennbar, dass sich der (neue) Leiter S mit den vorgebrachten

Themen ganz offensichtlich intensiv beschäftigt.

Und auch der Polizeipräsident Herr Münch hatte sich der Kritik aus den Reihen der Schutzpolizei gestellt und an einer Fachgruppensitzung der Schutzpolizei in den Räumen der GdP teilgenommen.

Fragebogenaktion ausgewertet

Wie Ihr wisst, viele von euch haben mitgemacht, wurde dann aus den Reihen der Fachgruppe S die Fragebogenaktion ausgearbeitet und organisiert. Pünktlich zum Tossens-Termin lag nun die Auswertung vor und damit sollte der Leiter S konfrontiert werden. Das Ergebnis der Fragebogenaktion ist ebenfalls veröffentlicht und kann von euch nachgelesen werden.

Aus den Antworten der Fragebögen sind Missstände ganz offenkundig geworden. Die hohe Beteiligung hat das Ergebnis repräsentativ gemacht und lässt überhaupt keinen Zweifel darüber aufkommen, dass Handlungsbedarf besteht. Es ergeben sich nun Forderungen, die in der Fachgruppe zusammengetragen wurden und die Ihr ebenfalls in dieser Ausgabe nachlesen könnt.



FACHGRUPPE SCHUTZPOLIZEI

Und diese Forderungen sind das Kernstück der Arbeit in Tossens. Dieser „Katalog“ wird für die nächste Zeit die Arbeitsgrundlage der Fachgruppe S sein. Ihn gilt es abzuarbeiten, auch mit Nachdruck und entsprechender Beharrlichkeit und Konsequenz. Handlungsbedarf

Aber deutlich sind auch Hinweise darauf, dass der Bürger, oder anders gesagt, die öffentliche Sicherheit unter Versäumnissen der Vergangenheit leidet. So gaben 40% der befragten Kollegen an, sich nicht mehr in der Lage zu fühlen, sich dem Phänomen der Zunahme von Gewalt gegen Polizeibeamte und all seiner Auswirkungen stellen zu können. Eindeutig auch hier dringender Handlungsbedarf, räumte schließlich auch der Polizeipräsident bei seinem Auftritt in Stern TV am 18. 5. 2011 ein, dass Angst von Polizeibeamten vor Straftätern heutzutage durchaus kein Einzelfall mehr ist.

pentagung begrüßt werden konnte, als auch der Leiter S, Herr PD Fasse, wurden informiert und diskutierten ausgiebig mit der Fachgruppe über die bereits genannten Themen und weit darüber hinaus, wie z. B. die Versäumnisse bei der Verzahnung bei Beurteilungen mit anderen Direktionen und der offenkundige Mangel an Perspektiven. Sie nahmen sich beide sehr viel Zeit und machten sich reichlich Notizen.



Fachgruppenmitglieder der Schutzpolizei werteten die Fragebogenaktion aus und hatten selbst viele Fragen an den Polizeivizepräsidenten und den Leiter -S-.

ergibt sich z. B. aus der Überlastung der Mitarbeiter, aus einer daraus resultierenden Demotivation und der sich wiederum daraus ableitenden gesundheitlichen Beeinträchtigung.

Nicht ausreichende Regenerationszeiten, keine Realisierung von Gesundheits- und Präventionssport, Probleme im Überstundenabbau und bei der Urlaubsnahme, stetig steigende Arbeitsbelastung und Gewalt sind nur einige Beispiele dafür, warum über 60% der Befragten negative Auswirkungen auf ihre Gesundheit bejahen. Soweit zu einigen „internen“ Konsequenzen, die der Schutzmann oder die Schutzfrau zu ertragen haben.

Die Auswertung des Fragebogens hatte in Tossens ihre Premiere. Einen Forderungskatalog mit dem Hintergrund einer repräsentativen Umfrage hat es in dieser Form noch nie gegeben und berechtigte Forderungen aus den Reihen der Schutzpolizei haben damit auch noch nie zuvor auf einem so soliden Fundament gestanden. An dieser Stelle noch einmal ein herzlicher Dank all den Kollegen, die der Fachgruppe die Grundlage für Forderungen geliefert haben.

Sowohl der **Polizeivizepräsident Herr Müller**, der auch als Gast der Fachgrup-

Viele offene Themen für die Zukunft

Ich bin mir sicher, dass die Resultate aus der Fachgruppentagung in Tossens dieses Jahr eine top Grundlage für die weitere Arbeit der Fachgruppe S darstellen, um den überfälligen notwendigen Veränderungen bei der Schutzpolizei auf die Sprünge zu helfen. Wir bleiben konsequent am Ball und sind gespannt, wie der Stand der Dinge bis zur nächsten Personalversammlung gekommen ist.

Es ist nicht mehr möglich, die Missstände zu ignorieren. Die verantwortlichen Führungskräfte und auch die Politiker sind aufgefordert, sich der Themen anzunehmen und entsprechend zu handeln. Die Forderungen sind kein Selbstzweck. Sie dienen vielmehr dazu, den Bürgern und Bürgerinnen in diesem Bundesland die Sicherheit zu bieten, auf die sie einen Anspruch haben.

Jörg Kleischmann,
Fachgruppe Schutzpolizei

Sommerzeit – Urlaubszeit

Endlich ist es wieder soweit, die meisten von euch konnten es sicher kaum noch abwarten: Urlaub. Nur noch ausspannen, abschalten und die Arbeit mal für einen Augenblick vergessen.

Genau die richtige Gelegenheit auch einmal zu überlegen, wie es denn beruflich und persönlich so weitergehen soll. Einmal neue Perspektiven ausloten, Ziele setzen und die momentane Situation überdenken. Vielleicht ist Mann/Frau ja einigermaßen zufrieden und möchte seine Lebenserfahrung in andere Bereiche einbringen: in Vereinen, Politik oder auch Gewerkschaften. Hier gibt es ständig etwas zu tun, und gerade die Fachgruppe

Schutzpolizei hat in den vergangenen Monaten einiges bewegt und auf die Beine gestellt, z. B. die Fragebogenaktion, das Thema Gewalt gegen Polizeibeamte oder der Umgang mit bekannten Gruppen und Familien. Dazu kamen interessante Diskussionsrunden und Seminare.

Wer nun Lust bekommen hat, diesen spannenden Prozess aktiv mit zu begleiten, kann uns jederzeit gerne ansprechen. Denn auch die Fachgruppe Schutzpolizei hat beispielsweise durch die Neuorganisation S4 oder erfolgreiche Bewerbungen von Mitgliedern zu anderen Direktionen Vakanzen.

So sind der aktiven gewerkschaftlichen Mitarbeit keine Grenzen gesetzt, sei es

als Ansprechpartner, Vertrauensmann, in der Fachgruppe, den Ausschüssen oder im Personalrat. Nehmt Kontakt zu den GdP-Vertretern an den Standorten oder direkt zur Fachgruppe auf, wir finden dann schon zueinander.

Holger Witt
Fachgruppe Schutzpolizei



Beihilfe ...

... war das Thema bei unserem Treffen vor der Sommerpause am 9. Juni 2011 im Grollander Krug. Immer wieder gab es Beschwerden über lange (zeitweise bis zu acht Wochen) und unterschiedliche Bearbeitungszeiten. Ein Thema, das auch die GdP beschäftigte. Viele Gespräche mit dem Geschäftsführer der Performa-Nord hatte es in der Vergangenheit gegeben, um Abhilfe zu schaffen. Die **Abteilungsleiterin** der Performa-Nord, **Frau Schumm**, kam zum Treffen in den Grollander Krug. Sie hielt einen Vortrag zu den Themen Beihilferecht, freiwillige Mitgliedschaft in der gesetzlichen Krankenkasse, Mitgliedschaft in der privaten Krankenversicherung sowie die Abwicklung bei Leistungen aus der Pflegeversicherung bei Mitgliedschaft in der privaten bzw. der gesetzlichen Pflegeversicherung. Nach diesem Vortrag gab es viele Fragen von den Kollegen/Innen auch zum Reizthema lange Bearbeitungszeiten. Frau Schumm gab zunächst eine ehr-

lich gemeinte Entschuldigung an die Kolleginnen und Kollegen mit folgenden Anmerkungen: Personelle Abgänge bei der Performa-Nord wurden nicht ersetzt, Ausfälle durch Krankheit während der langen Umbauzeit und Änderungen der Arbeitszeiten für Kolleginnen sorgten für weitere personelle Ausfälle. 650 Anträge pro Monat sind zu bearbeiten, und die Steigerung muss ohne Personalvermehrung bearbeitet werden. Frau Schumm machte aber allen Kolleginnen und Kollegen Hoffnung auf wieder kürzere Bearbeitungszeiten, da es im Monat August eine Personalverstärkung geben wird. Als Ziel hat man sich gesetzt, dass die Bearbeitungszeiten wieder bei zwei bis drei Wochen liegen. Eine Anregung aus dem Teilnehmerkreis, Anträge mit einer hohen „Vorleistung“ und somit auch einer höheren Erstattung bereits beim Eingang herauszufiltern und dann vorrangig zu bearbeiten, kann, so Frau Schumm, aufgrund der Personalsituation nicht reali-

siert werden. Aber der Vorschlag, solche Anträge auf der ersten Seite besonders zu kennzeichnen, und damit einer schnelleren Bearbeitung zuzuführen, wurde akzeptiert. Lange Zeiten der eigenen geldlichen Vorleistung ließen sich dadurch erheblich verkürzen.

Frau Schumm im Schlusswort: „Ich komme gerne wieder, wenn es Fragen in Sachen Beihilfe gibt, auch wenn es wieder Beschwerden sind.“

An dieser Stelle bedanken wir uns recht herzlich für den Vortrag und für die offenen Worte.

Noch ein Wort in eigener Sache: Zu aktuellen Themen bemüht sich die Fachgruppe Senioren regelmäßig um Referentinnen/Referenten. Herzlich willkommen sind auch Kolleginnen und Kollegen, die sich noch nicht im Ruhestand befinden, aber Interesse am Thema haben. Die Ankündigung erfolgt regelmäßig in unserer Gewerkschaftszeitung.

Wolfgang Karzenburg

Ihr Hotel Rafael Ventas***

Ihr Hotel befindet sich in der belebten Geschäftsstrasse Alcalá. Das Hotel hat eine besondere Dekoration, die aus einer Sammlung malerischer Werke besteht. Alle Zimmer sind ausgestattet mit Klimaanlage, Safe, Minibar, Room-Service, TV+Satelliten-Kabelanschluss, Fön.

Reiseverlauf: **1. Tag: Hamburg – Madrid** / Flug von Hamburg nach Madrid, Transfer zu Ihrem Hotel Rafael Ventas. **2. Tag: Halbtägiger Altstadt Rundgang Madrid** (fakultativ) Der Spaziergang führt durch das urige Madrid des 16. Jh. mit seinen verwinkelten Gassen und größtenteils unter Denkmalschutz stehenden Gebäuden. **3. Tag: Halbtägiger Ausflug zum Monasterio El Escorial** (fakultativ) / In 50 km Entfernung von Madrid erhebt sich auf der südlichen Seite des Guadarrama Gebirges das Monasterio de El Escorial, Denkmal und Symbol der Zeit Philipp II. **4. Tag: Ganztagesausflug nach Toledo und Aranjuez** (fakultativ) / Sie fahren Richtung Süden, in die mittelalterliche Stadt Toledo. Auf der Rückfahrt Stopp in Aranjuez, ein Städtchen 50 km südlich von Madrid, das in den fruchtbaren Tälern von Rio Tajo und Rio Jarama liegt. **5. Tag: Rückflug nach Hamburg** / Transfer zum Flughafen und Rückflug nach Deutschland.

Irrtum und Zwischenverkauf bleibt vorbehalten. Mindestteilnehmerzahl pro Termin 25 Personen. **Veranstalter:** DERTOUR GmbH, 60424 Frankfurt/M. Es gelten die Reisebedingungen von Dertour.

Inkludierte Leistungen:

- Linienflug mit Lufthansa in der Economy Class von Hamburg nach Madrid und zurück
- Transfers inkl. Gepäckbeförderung
- Flughafensteuern und Gebühren (Stand: 5/2011)
- ÖPNV-Coupon
- 4 Nächte mit Frühstück im *** Hotel Rafael Ventas im Zentrum Madrids
- örtliche, deutsch sprechende Reiseleitung
- Informationsmaterial und Reiseführer
- Insolvenzversicherung
- PSW-Reisebegleitung

Ausflugspaket

- Stadtrundgang Madrid, halbtägig
- El Escorial, halbtägig inkl. Eintritt
- Toledo und Aranjuez, ganztägig inkl. Eintritte

Städtereise ab / bis Hamburg	pro Person ab
Im Doppelzimmer pro Person	489,- Euro
Einzelzimmerzuschlag	160,- Euro
Ausflugspaket (fakultativ)	149,- Euro

* **PSW-Reisetermine 2012:** 03. - 07. April (Di bis Sa), 05. - 09. April (Do bis Mo), 07. - 11. April (Sa bis Mi)



GdP Service-GmbH

LANDESBEZIRK BREMEN

Weitere Informationen und Anmeldungen

GdP Service-GmbH
Bgm.-Smidt-Str. 78
28195 Bremen

Tel. (0421) 94 95 85 - 4
Fax (0421) 94 95 85 - 9

anne.bauer@gdp-online.de

www.gdp-service-gmbh.de

